Medienmitteilung

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident Allschwil

Mitglied der Arbeitsgruppe „Aufgabenverteilung Gemeindepolizei (GEPO) – Kantonspolizei (KAPO)“

Das geltende Polizeigesetz geht zum Teil bis in das Jahr 1970 zurück. Die einschlägigen Bestimmungen im geltenden Gemeindegesetz sind noch älteren Datums. Eine Revision der beiden Gesetze war damit dringend angezeigt.

Ziel der Revision ist es, eine aktualisierte und klare Trennung der Kompetenzen zwischen GEPO und KAPO zu erreichen. Das ist mit der Vorlage gelungen.

Das revidierte Polizeigesetz bildet alles in allem einen ausgewogenen Kompromiss.

Die Hauptaufgabe der GEPO besteht in der Wahrung der öffentlichen Ordnung (Nachtruhestörung, Littering etc.). Sie erhält aber auch weitergehende Kompetenzen im Ordnungsbussenwesen im Strassenverkehr sowie im eigentlichen Gemeindepolizeiwesen.

Gleichzeitig wird den örtlichen und regionalen Begebenheiten, Bedürfnissen und Interessenlagen einer jeden Gemeinde im Baselbiet Rechnung getragen.

- Kleinere Gemeinden können sich auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung beschränken.
- Mittlere Gemeinden sind befugt, ihre Kompetenzen auf die Kontrolle des ruhenden Verkehrs auf Gemeinde- und Kantonsstrasse und die geräteweise Kontrolle des fahrenden Verkehrs auf Gemeindestrassen auszudehnen.
- Grosse Gemeinden des Unterbaselbiets behalten die Möglichkeit zur Führung einer uniformierten und (zum Selbstschutz) bewaffneten Gemeindepolizei, welche gleichzeitig auch erweiterte Kompetenzen wie Anhaltungen, Identitätsfeststellungen und Befragungen erhält (im Rahmen der anhalteweisen Kontrolle des fahrenden Verkehrs auf Gemeindestrassen).

Seitens der Gemeinden wird die gesetzliche Grundlage für den Einsatz von Videokameras ausdrücklich begrüsst. Auch das Mittel der befristeten Wegweisung wird befürwortet.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident Allschwil, Tel. 079 354 75 73

Liestal, 24. November 2011